

Antrag der Fraktion der FDP**Altersvorsorge transparent gestalten – gebührenfreies Vorsorgekonto einführen**

Digitalisierung, demografischer Wandel und Internationalisierung: Große Umbrüche prägen unser Leben – und damit auch die Arbeitswelt und die sozialen Sicherungssysteme. Die Arbeitswelt der Zukunft kann dabei Freiheit und Flexibilität in jeder Lebensphase bieten und Selbstverwirklichung ganz neu ermöglichen. Dafür benötigen wir nicht nur eine zukunftsichere und gerechte, sondern auch eine transparente Alterssicherungspolitik.

Zwar legen viele Menschen in Deutschland Geld für die spätere Rente zurück, jedoch sind viele nicht in der Lage, ihr Einkommen im Alter richtig einzuschätzen. Daher muss es im Zuge eines E-Government-Bürgerportals einfache Möglichkeiten und technische Unterstützungsangebote zur Transparenz in der Altersvorsorge in Form eines freiwilligen, individuellen und gebührenfreien Vorsorgekontos geben.

Dies stärkt den Verbraucherschutz und schafft eine Vergleichbarkeit der Angebote. Durch das Vorsorgekonto soll Transparenz über alle Elemente der Altersvorsorge geschaffen und die bisher erreichte Summe der eigenen Ansprüche abgebildet werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel zu initiieren,
 - a) ein freiwilliges gebührenfreies Vorsorgekonto einzuführen, das hilft, Versorgungslücken aufzudecken und den Aufbau einer ergänzenden Vorsorge für das Alter stärkt, in dem angesparte Anwartschaften aus individuellen Vorsorgekomponenten – gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge – übersichtlich in einem Konto zusammenführt werden.
 - b) mit Blick auf die Freizügigkeit innerhalb der EU europaweite Standards zur Geltung dieses Vorsorgekontos anzuregen, um auch Anwartschaften aus dem In- und Ausland besser abzubilden.

Dabei ist sicherzustellen, dass die Datenhoheit über die Information zur Vorsorge stets beim einzelnen Bürger bleibt.

2. der Bürgerschaft (Landtag) binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung zu berichten.

Dr. Magnus Buhler,
Lencke Steiner und Fraktion der FDP